



Aktenzeichen: 10/B

Datum: 20.02.2020

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

Resolution des Stadtrates für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung - gegen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Städten

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Stadtrat stimmt der vom Städtetag Rheinland-Pfalz zugeleiteten Resolution „Für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung – gegen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Städten“ zu.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

Kommunale Selbstverwaltung ist eine Rechtsgarantie mit Verfassungsrang. Kommunal- und Verwaltungsreformen müssen sich an dieser Verfassungsgarantie messen lassen. Nirgendwo haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, unmittelbarer auf die Lebensbedingungen in ihrem Umfeld Einfluss zu nehmen als in ihren Städten und Dörfern. Dabei ist der Idealtypus der Gemeinde eine solche, in der alle kommunalen Entscheidungen aus einer Hand getroffen werden. In Rheinland-Pfalz ist das der Fall in den 12 kreisfreien Städten.

Kommunalreformen und Veränderungen bei der Kreisfreiheit haben immer einen Verlust an Entscheidungsspielräumen der kommunalen Mandatsträger zur Folge. Die Städte nehmen wichtige Funktionen für das Umland wahr, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur Sport, Freizeit u.v.m. Ziel muss daher eine Stärkung der städtischen Zentren sein, damit diese ihre wichtigen Funktionen auch für das Umland weiterhin erfüllen können.

Eine Aufgabenverlagerung weg von der Stadt auf andere Ebenen läuft in vielen Bereichen, angefangen von der Gestaltung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen sowie dem Öffentlichen Personennahverkehr, den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in den Städten entgegen. Die von der Landesregierung beauftragten Gutachten zeigen keinerlei Vorteile einer Einkreisung oder Eingemeindung für die Städte auf. In Kauf genommen wird aber die Einschränkung der Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Menschen in den Städten. Behauptete Einspareffekte bei Gebietsreformen konnten bisher noch nicht wissenschaftlich nachgewiesen werden. Auch die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung sind nicht beleuchtet worden. Die zunehmende Digitalisierung des Lebens wird zahlreiche neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit ermöglichen und stellt damit die bessere Alternative zu Zwangsfusionen dar.

Städte sind unverzichtbare Anker und Zentren der Dynamik im Land Rheinland-Pfalz. Ziel einer jeden Reform muss daher der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung und die Verlagerung von Zuständigkeiten und Verantwortung in den kommunalen Raum sein.

Wir fordern daher:

- **Kommunale Selbstverwaltung stärken! Städte als Zentren des Landes fördern!**
- **Bürgerwillen beachten! Keine Kommunalreform gegen die Bürgerinnen und Bürger!**
- **Zusammenarbeit fördern! Sinnvolle kommunale Initiativen zur Zusammenarbeit unterstützen!**

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister